

Heft 3
Juni
1988

Bundesverband zur Förderung Lernbehinderter e.V.

Lernen fördern

Zeitschrift für Eltern, Lehrer und Erzieher

Lernen
fördern...
... Vorurteile abbauen

8. Jahrgang



BELEGEXEMPLAR

S. 7

Bildungsmaßnahmen:

**Schüler und Lehrer
demonstrieren gegen
Kürzungen**

Ausbildung:

**Die
andere
Holzfirma**

Inhalt

KOMMENTAR

Unseren Kindern eine Chance!

von EBERHARD ACKERMANN

3



THEMA

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen gestrichen!

800 Schüler und Pädagogen demonstrierten vor dem Landesarbeitsamt in Düsseldorf

von ULLA STOTZEM

4

Geplante Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit

Nicht nur Gelder für Hauptschulabschlußkurse werden gekürzt. Betroffen ist auch Fortbildung und Umschulung und die Sachkostenförderung

von MICHAEL SCHRADER

7

AUSBILDUNG

Ausbildung zum Metallwerker

Eine konzertierte Aktion im Oberndorfer Raum half, Ausbildungsplätze zu schaffen

von RAINER SATTLER

8

Die andere Holzfirma

Woodstock GmbH – Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche

von RAINER SATTLER

9

SERIE

Sonderschule im Wandel

Im letzten Teil der Serie werden Schlußfolgerungen zur Verbesserung der Sonderschule gezogen

von H.-J. SCHMUTZLER

11

ELTERN

„Mir brummt der Kopf . . .“

Elternarbeit aus Elternsicht

von INGE BARGMANN

12

RUBRIKEN

Impressum

3

Verbandsnachrichten

13

Adressen

19

notiert

20

Kinder- und Jugendseite

22

Im nächsten Heft

23

Vermischtes

23

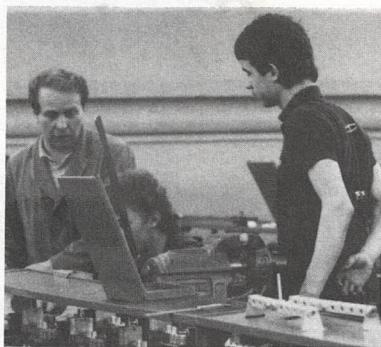
Bücher

24

Veranstaltungen

24

FOTONACHWEIS: Stotzem (7), WAZ (1), Sattler (2);
Titel: Stotzem



Ausbildungsplätze für Metallwerker: Ausbildungsbetriebe, Schule und Förderverein haben durch ihre Initiative Ausbildungsplätze für Abgänger der Sonderschule-L eingerichtet.

S. 8



Elternarbeit ist anstrengend. Zumeist ehrenamtlich, muß sie in das Berufs- und Familienleben integriert werden. Der Beitrag gibt einen Einblick aus Elternsicht.

S. 12

Geplante Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit

von Michael Schrader

Die Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit betreffen nicht nur die Hauptschulabschlußkurse. Michael Schrader beschreibt unterschiedliche Kürzungen, die dem DPWV Nordrhein-Westfalen inzwischen bekannt wurden. Michael Schrader arbeitet beim DPWV als Fachberater „Jugendarbeitslosigkeit“ und betreut unterschiedliche Ausbildungs- und Arbeitsprojekte für arbeitslose Jugendliche.

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) wird 1988 ihren Haushalt mit einem Defizit von rund 1,5 Mia DM abschließen. Gleichzeitig wird sie in diesem Jahr ihre Rücklagen in Höhe von 4 Mia DM aufbrauchen. Experten rechnen für 1989 mit einer Unterdeckung von 4 Mia DM. Hierfür verantwortlich ist v.a. die Ausweitung der beruflichen Bildung um mehr als 100% in den letzten 3 Jahren auf über 6 Mia DM 1987. Dazu kommen die Kosten des Benachteiligtenprogramms und die nach dem Bundesbeihilfegesetz (BBH) in Höhe 1 knappen Mia DM, seit diese mit der 8. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) von der Versicherertengemeinschaft finanziert werden müssen.

Was liegt näher als zu kürzen? Hierzu im einzelnen:

Hauptschulabschlußkurse

Die ehemaligen BBH-Kurse werden nun nach § 40 b AFG geregelt. In NW wurden für 1988 nur 16,5 Mia DM (1987: 25 Mia) im Haushalt der BA eingestellt. Diese reichen noch nicht einmal, um die Verpflichtungsermächtigungen aus dem Vorjahr (23 Mia) einzulösen. Neue Kurse können gar nicht eingerichtet werden. Dies

wurde zum Teil erst so spät in den örtlichen Arbeitsämtern bekannt, daß bis in den Februar hinein junge Menschen auf Kursbeginn z.B. zum 1.4. hin orientiert wurden. In Essen gelang es der Volkshochschule beim Bundesministerium für Arbeit eine Ausnahmeregelung für 60 Jugendliche durchzusetzen.

Fortbildung und Um-schulung (FuU)

Für 1988 stehen in NW mit 644,8 Mia DM gut 50 Mio weniger als 1987 für die Durchführung von FuU-Lehrgängen zur Verfügung. Ende Februar 1988 waren diese Mittel aber schon ausgegeben bzw. gebunden für 1987 angelaufene und noch andauernde Kurse. In der Konsequenz bedeutet dies, daß im Laufe dieses Jahres kaum noch Kurse eingerichtet werden können. Hier von betroffen sind wahrscheinlich auch die J-Lehrgänge für junge Erwachsene. Engpässe sollen hier eventuell dadurch beseitigt werden, daß die Mittel für FuU mit denen für ABM deckungsfähig gemacht werden.

Sachkostenförderung nach § 96 AFG

Die erhöhte Förderung nach § 96 AFG ist ab 1988 auf max. 100 % der Personalkosten beschränkt. Eine Sachkostenförderung ist damit nicht mehr möglich.

Gerüchteweise ist hin und wieder zu hören, daß auch die Mittel für ABM reduziert werden sollen. Hierfür ließ sich aber bisher keine Bestätigung finden. So oder so werden aber die Mittel der BA in Zukunft knapper ausfallen. Träger sollten in ihrem eigenen Interesse ihre Vorhaben möglichst früh mit der BA abzustimmen suchen.

BAG Hilfe für Behinderte e.V. Kirchfeldstraße 149, 4 Düsseldorf 1

An den
Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung
Herrn Dr. Norbert Blüm (MdB)
Postfach 140280
5300 Bonn 1

Offener Brief

Düsseldorf, 03. Mai 1988 Bi/Si

Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit gefährdet berufliche Eingliederung Behindeter

Sehr geehrter Herr Minister,
zur Finanzierung der Steuerreform wurden mit der 8. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Programme aus der Finanzierungszuständigkeit des Bundes in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit übertragen. Nicht wenige haben vor diesem Schritt gewarnt, weil erhebliche Leistungseinschränkungen oder eine deutliche Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung befürchtet wurden.

Früher als erwartet werden in einer Reihe von Landesarbeitsamtsbezirken nun die Auswirkungen dieser Zuständigkeitsverschiebungen sichtbar:

- Werkstätten für Behinderte müssen die Neuaufnahme behinderter Menschen ablehnen, weil sie von der Arbeitsverwaltung keine Finanzierungszusage mehr erhalten.
- Besondere Förderungsprogramme, ohne die lernbehinderte und sozial benachteiligte Jugendliche eine Berufsausbildung häufig nicht erfolgreich absolvieren können, werden Presseberichten zufolge wegen leerer Kassen der Bundesanstalt auf Landesebene eingeschränkt.
- Spätestens ab 1989 rechnen die Berufsförderungs- und Berufsbildungswerke mit der Einführung erheblicher Wartezeiten.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V., Dachorganisation von 48 bundesweiten Behinderten-Selbsthilfeverbänden und neun Landesarbeitsgemeinschaften mit über 455.000 Mitgliedern, wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Haushaltspolitik, die dringend erforderliche berufsfördernde Leistungen zur Sanierungsmaße macht. Behinderte Menschen sind auf eine qualifizierte Berufsausbildung und die Eingliederung in das Arbeitsleben unabdingbar angewiesen. Davon hängt wesentlich ihre Chance zur gesellschaftlichen Eingliederung ab.

Die Mitgliedsverbände der BAG/H sind derzeit in großer Sorge, daß die berufliche und soziale Eingliederung Behindeter gefährdet ist, wenn nicht rechtzeitig geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Schon jetzt haben behinderte Menschen keine Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Wir bitten Sie deshalb, sehr verehrter Herr Minister, innerhalb der Bundesregierung und gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit Sorge zu tragen, daß behinderten Menschen weiterhin alle erforderlichen berufsfördernden Leistungen in vollem Umfang gewährt werden. Wir bitten Sie eindringlich sicherzustellen, daß der Bundesanstalt für Arbeit die hierzu notwendigen Mittel kurzfristig zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Hans Aengenendt
Vorsitzender